

Dr. Ralf Gldner, Prsident des DAAtF

Erffnungsansprache

– Es gilt das gesprochene Wort –

49th Annual Meeting on Nuclear Technology (AMNT 2018),

29. bis 30. Mai 2018, Berlin

Dear Ladies and Gentlemen,

On behalf of the DAfF and the German Nuclear Society welcome to our 49th Annual Meeting on Nuclear Technology in Berlin. Like every year we offer a comprehensive program, giving insights on many aspects of nuclear technology and contributing to the international exchange of knowledge and experience in industry, research, politics and administration.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der langjährigen Tradition folgend bleibt das AMNT auch im Jahr vor ihrem 50. Jubiläum – zu dem ich Sie bereits heute am 7. und 8. Mai 2019 nach Berlin ganz herzlich einladen möchte – die einzige Konferenz in Deutschland und eine der wenigen in Europa, die alle Themen rund um die Kerntechnik unter einem Dach vereint und sich jedem Bereich unserer Branche widmet.

Entsorgung – alte Herausforderungen, neue Strukturen

Nicht nur dem Veranstaltungsort Deutschland, sondern auch der Relevanz und Komplexität der Themen Rückbau und Entsorgung ist es geschuldet, dass sie erneut einen der inhaltlichen Schwerpunkte unserer Tagung bilden. Die im Laufe der letzten Jahre ausgehandelte und in Gesetzesform gebrachte Neuordnung der nuklearen Entsorgung in Deutschland ist nach der Zustimmung durch die Europäische Union und der Überweisung von rund 24,1 Milliarden Euro durch die Betreiber an den staatlichen Entsorgungsfonds am 3. Juni 2017 als solche weitgehend abgeschlossen. Die Übertragung der Verantwortung für die Standortzwischenlager an die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung steht allerdings noch aus. Lassen Sie mich Ihnen aber anhand der neuen Struktur einen Überblick über den Status-quo geben.

Die Endlagersuche nimmt langsam Fahrt auf

Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit ist nach eigener Darstellung *„eine wachsende Behörde mit wachsenden Aufgaben“*. In der öffentlichen Wahrnehmung kommt das BfE gemäß StandAG aktuell vor allem dem zweiten Teil des durch den Gesetzgeber erteilten Auftrags nach: *„Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit ist Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren. Es informiert die Öffentlichkeit umfassend und systematisch über das Standortauswahlverfahren.“* Beleg hierfür ist die thematische Breite der Publikationen des BfE.

An dieser Stelle möchte ich auch die Arbeit des nationalen Begleitgremiums nicht unerwähnt lassen, das kürzlich seinen ersten Bericht zum Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort vorgelegt hat. Eine breite öffentliche Beteiligung an der Arbeit des Begleitgremiums ist für die Erfüllung der ihm zugetragenen Aufgaben unerlässlich und daher wünschenswert.

Weitere zentralen Aufgaben des BfE gemäß StandAG sind: die Festlegung der Erkundungsprogramme, die Prüfung der Vorschläge des Vorhabenträgers und die Erarbeitung von darauf basierenden, begründeten Empfehlungen sowie die Überwachung des Standortauswahlverfahrens. Dafür sind jedoch zunächst Vorarbeiten erforderlich, die sich aktuell im Prozess befinden, unter anderem die Auswahl von Standortregionen und der zu erkundenden Standorte.

Hierfür ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung – über deren Arbeit uns heute Dr. Jörg Tietze, kommissarischer Leiter des Bereiches Standortauswahl innerhalb der BGE informieren wird – zuständig. Die BGE hat als Vorhabenträgerin nach dem Willen des Gesetzgebers *„das Standortauswahlverfahren durchzuführen“*.

Die natürlich auch für das Endlager Konrad verantwortliche BGE hat nun mit dem ersten Halbjahr 2027 einen konkreten Termin für die Fertigstellung des Endlagers genannt. Gemessen an der ursprünglichen Zielsetzung, nämlich dem Jahr 2013, ist die Kritik an dem Umfang der Verzögerung, insbesondere seitens der öffentlichen Hand wie z. B. in Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein nachvollziehbar. Wir sehen in dieser Festlegung aber nun eine Art Selbstverpflichtung an der sie sich messen lassen muss.

Am 1. August des vergangenen Jahres ging die Gesellschaft für Zwischenlagerung, BGZ in den Besitz des Bundes über und übernahm die Verantwortung für die zentralen Zwischenlager in Ahaus und Gorleben. Ab 1. Januar 2019 werden die dezentralen Zwischenlager mit wärme-entwickelnden Abfällen und ab 1. Januar 2020 die Zwischenlager für Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung von der Gesellschaft übernommen.

Die hiermit übernommenen Kompetenzen wird die BGZ auch für die Errichtung eines zentralen Eingangslagers für Konrad benötigen. Diese wichtige Aufgabe sowie die Zuständigkeit für alle Zwischenlager wird das Aufgabenspektrum der BGZ erweitern und die öffentliche Wahrnehmung der Gesellschaft verstärken.

Vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren und privaten Betreibern ist unentbehrlich für die öffentliche Akzeptanz

Eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und privaten Betreibern im Rahmen dieser Neuordnung ist nicht nur für Sicherheit und Wirtschaftlichkeit von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die öffentliche Akzeptanz der neu geschaffenen Strukturen und Regelungen. Die Betreiber stehen in vollem Umfang zu den vereinbarten Verpflichtungen und wir erwarten dies auch von unseren Vertragspartnern.

Rückbau: Betreiber stehen ohne Wenn und Aber zu ihren Pflichten

Die Betreiber stehen ohne Wenn und Aber zu ihrer Verpflichtung den sicheren und effizienten Rückbau entschlossen voranzutreiben und haben dafür auch schon eine ganze Reihe von Genehmigungen erhalten. Leider treten auch Herausforderungen auf, die weder sachlich begründet, noch regulatorisch abgedeckt sind. Dies betrifft insbesondere die Freigabe von Bauschutt aus Kernkraftwerken und dessen Verbringung auf öffentliche Deponien. Teilweise vorgetragene, öffentliche Kritiken zu vermeintlichen Gesundheitsrisiken sind nicht sachgerecht bzw. tragen nicht zur Lösung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bei.

Der freigegebene Bauschutt aus dem Rückbau ist gesundheitlich unbedenklich

Die Verunsicherung der Anrainer der betroffenen Deponien durch unbegründete und alarmistische Behauptungen erschwert einen sicheren sowie international anerkannten Entsorgungspfad unnötig und behindert den Rückbau erheblich. Erfreulich ist dabei, dass sich gesellschaftlich anerkannte Institutionen wie zum Beispiel die Bundesärztekammer gegen den Versuch, sie für eine Diskreditierungskampagne zu instrumentalisieren, erfolgreich wehren. Für die Feststellung, dass die vom 120. Deutschen Ärztetag getroffene EntschlieÙung, die das 10-Mikrosievert-Konzept kritisch hinterfragt, wissenschaftlich nicht haltbar ist, möchten wir dem Vorstand der Bundesärztekammer sowie ihrem Präsidenten, Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, herzlich danken. Es ist von großer Bedeutung und äußerst positiv zu bewerten, dass Behörden, Betreiber und Politik in dieser Frage an einem Strang ziehen. Hier möchte ich den baden-württembergischen Umweltminister Franz Untersteller zitieren: „*Der Bauschutt, den wir nun zur Deponierung freigegeben haben, ist gesundheitlich unbedenklich.*“

Keine fachlich unbegründeten, regulatorischen Verschärfungen für den Restbetrieb

Es wäre wünschenswert und wichtig, dass wir an diesem breiten Konsens auch bei anderen Themen wie der reibungslosen Rückholung von Abfällen aus der Wiederaufbereitung in Frankreich und Großbritannien und dem vor allem politisch störungsfreien Restbetrieb von Kernkraftwerken weiterhin festhalten.

Wir begrüßen den Willen der Bundesregierung, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6.12.2016 mit dem 16. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes umzusetzen und damit langjährige Auseinandersetzungen befrieden sowie vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte abzusichern zu wollen. Die Entscheidung die 2000/2001 vereinbarten Strommengen innerhalb der verbleibenden Laufzeit zu verstromen, wirkt sich nicht nur auf den Bundeshaushalt, sondern auch auf den CO₂-Ausstoss positiv aus.

Um weitere Auseinandersetzung zu vermeiden, bedarf der aktuelle Gesetzentwurf noch einiger Präzisierungen. Es muss klargestellt werden, dass nicht nur ein „angemessener“, sondern ein vollständiger Ausgleich in Geld stattfinden muss und zwar für alle konzernintern nicht verstrombaren Mengen und nicht nur für die nicht übertragenen Mengen. Dabei müssen die zum Zeitpunkt des entschädigungsauslösenden Ereignisses bestehenden Werte der Strommengen zugrunde gelegt und angemessen verzinst werden. Bei einer Übertragung bereits geleistete Zahlungen müssen berücksichtigt werden. Nur so kann tatsächlich die Verfassungsmäßigkeit wiederhergestellt werden. Eine Begrenzung von Ausgleichsansprüchen darf nicht dazu führen, dass das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verstromungsdefizit nicht vollständig entschädigt wird.

Vereinzelt positive Signale im Koalitionsvertrag – auf die Umsetzung kommt es an

Insgesamt bleibt es in Deutschland spannend, wie es mit Kernkraft im Speziellen und Kerntechnik im Allgemeinen weitergeht. Karsten Möring MdB, Berichterstatter für Kernenergie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wird uns direkt im Anschluss einen Einblick in deren Zukunft gewähren. Versuchen wir uns jedoch selber einen Eindruck anhand des gültigen Koalitionsvertrags zu verschaffen, so ist dieser grundsätzlich positiv.

Im Wortlaut wurde Folgendes vereinbart: *„Wir stehen für eine zügige Umsetzung bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle gemäß Standortauswahlgesetz. An dem gesetzlich festgelegten Ziel, bis 2031 den Standort für ein Endlager festzulegen, halten wir fest.“* Es bleibt dabei, bereits dieses Etappenziel ist ambitioniert. Planfeststellung und Errichtung dürften im Anschluss nach Einschätzung der einschlägigen Experten deutlich in die zweite Hälfte des Jahrhunderts hinein andauern. Es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung vor allem vor dem Hintergrund der umfangreichen Öffentlichkeitsbeteiligung und den gegebenen Klagemöglichkeiten erfolgen wird.

Weiterhin wurde vereinbart *„... ein Konzept zum perspektivischen Erhalt von Fachwissen und -personal für Betrieb, Rückbau und zu Sicherheitsfragen bei Nuklearanlagen sowie für Zwischen- und Endlagerung“* zu erarbeiten. Dabei wurde absolut richtig festgestellt: *„Wer in Sicherheitsfragen mitreden will, der muss das auch können. Dafür ist der Know-how-Erhalt unverzichtbar.“* Auch aus diesem Grund steht das Thema Know-how-Erhalt bei der Arbeit des DATF ganz oben auf der Agenda.

Standorte in Gronau und Lingen müssen bleiben – Kerntechnische Kompetenz kann nur durch Weiterentwicklung erhalten werden

Um Know-how zu erhalten, müssen kerntechnische Fertigkeiten und Kenntnisse weiterentwickelt sowie angewendet und somit Produktionsstätten weiterbetrieben werden. Nur so kann Deutschland auch weiterhin auf der internationalen Ebene nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden. Diese Erkenntnis setzt sich erfreulicherweise auch bei politischen Entscheidungsträgern durch. Völlig richtig stellte der Nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet bei seiner Rede im Landtag am 1. März 2018 fest: *„Wenn wir Gronau schließen, wenn wir Lingen schließen, dann bedeutet das, dass sich Deutschland aus diesem Feld der Produktion verabschiedet. Wir sind dann nicht mehr Mitglied der Internationalen Atomenergiebehörde. [...] Gronau wird deshalb bleiben, [...].“* Ministerpräsident Laschet meint in seiner Rede den Verlust des ständigen Sitzes im IAEA-Gouverneursrat.

Masterplan für die Weiterentwicklung der kerntechnischen Kompetenz erstellen

Angesichts der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der kerntechnischen Kompetenz und Fähigkeiten zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben in Deutschland und zum Erhalt der internationalen Mitsprachefähigkeit ist hier die Frage angebracht, wann es einen Masterplan der Bundesregierung für die Weiterentwicklung der kerntechnischen Kompetenz geben wird. Einen Masterplan, der es Deutschland auch in zehn, in 20 und in 30 Jahren erlauben wird, internationale Entwicklung sei es im Betrieb, in der Regulierung oder in der Forschung adäquat bewerten zu können. Und wie wird dieser Masterplan aussehen?

Viele Staaten setzen weiterhin auf Kernkraft als Teil eines sauberen, CO2-armen und nachhaltigen Strommix

Die weltweite Entwicklung der Kernenergie unterstreicht die Aktualität und die Bedeutung dieser Frage. Mit dem Baubeginn des ersten Blockes des KKW Akkuyu in der Türkei am 3. April dieses Jahres, dem noch drei weitere Blöcke folgen sollen, wird ein Projekt umgesetzt, dessen Ursprünge bereits in den 1970er Jahren liegen. Der Neubau von Hinkley Point C durch EDF im Vereinigten Königreich wird durch die 3.000 Arbeitskräfte, die sich täglich im Einsatz befinden, weiter vorangetrieben. Der erste, von Südkorea in Barakah in den Vereinigten Arabischen Emiraten errichtete Block soll noch in diesem Jahr ans Netz gehen. Und mit dem Hochfahren von Ohi-3 am 14. und Genkai-3 am 23. März 2018 befindet sich Japan weiterhin auf dem Rückweg zu einer führenden Nuklearnation. Das sind nur einige Beispiele, die den oft unterstellten Niedergang der Kernenergie widerlegen. Mit Erstkritikalität und erster Netzeinspeisung des fünften Kernkraftwerksblocks am chinesischen Standort Yangjiang sind weltweit aktuell 451 Kernkraftwerke in Betrieb – so viel, wie noch nie in der über 60jährigen Geschichte der Kernenergie. Die Leistung der Anlagen erreicht mit 451 GW brutto und fast 400 GW netto, exakt 399,8 GW, ebenfalls Rekordwerte.

Die weiteren 57 weltweit im Bau befindlichen Kernkraftwerke zeigen deutlich, dass viele Staaten sich weiterhin für Kernkraft als Teil eines sauberen, CO2-armen und nachhaltigen Strommix der Zukunft entscheiden. Ein gemeinsamer Report der International Energy Agency, der International Renewable Agency, von UNO-Organisationen und der Weltbank vom 2. Mai 2018 sagt einen Anstieg des Anteils der Kernkraft an der Stromerzeugung weltweit auf insgesamt 15 Prozent, von aktuell ca. zehn Prozent voraus. Deutsche und in Deutschland ansässige Unternehmen haben mit ihrer anerkannten Expertise, insbesondere in

Fragen der nuklearen Sicherheit ein großes Potential zur Beteiligung an dieser Entwicklung. Dafür bedarf es jedoch einer zuverlässigen und ideologiebefreiten Exportunterstützung. Damit wäre auch die so dringend benötigte Kompetenzentwicklung im Bereich der Kerntechnik nachhaltig gesichert.

International wird die Kernenergieforschung weiter vorangetrieben

Bereits im November vergangenen Jahres wurde ein wichtiger Meilenstein beim ITER-Projekt erreicht. Es wurden 50 Prozent der gesamten Leistung auf dem Weg zum ersten Plasma erbracht. Trotz mancher Skepsis gegenüber dem Projekt, auch in unseren Reihen, blicken wir dem Ergebnis dieser beispielhaften internationalen Kooperation mit Hoffnung entgegen.

Spannend bleibt auch die Entwicklung im Bereich der SMRs. Die Ankündigung von Rolls Royce die Stromkosten auf das Niveau der Offshore-Windkraft zu bringen sowie die Schaffung einer neuen technischen Arbeitsgruppe bei IAEA, die sich den SMRs widmet, geben der Entwicklung kompakter Kleinreaktoren ebenso einen neuen Schub wie der am 28. April 2018 begonnene Transport des ersten schwimmenden Kernkraftwerks weltweit von St. Petersburg an seinen Einsatzort.

Kerntechnik ist mehr als Kernkraft

Vor diesem Hintergrund wollen wir den deutschen Ausstieg aus der Kernkraft nicht hinterfragen. Der Ausstieg bedeutet aber nicht, dass Deutschland zu einer kerntechnikfreien Zone werden darf. Denn Kerntechnik ist bekanntlich mehr als nur Stromerzeugung. Deshalb widmen wir uns als DAfF auch verstärkt anderen Themen. Der Bestrebung einiger politischer Kräfte auch aus der Nutzung der Kerntechnik in anderen Bereichen wie Medizin, Landwirtschaft und Industrie auszusteigen, müssen wir uns entgegenstellen.

Das heißt, dass nicht nur Spitzenforschung wie der Garchingener Forschungsreaktor FRM II, der das weltweit beste Verhältnis von thermischer Leistung zu Neutronenfluss hält und damit zu den effektivsten und modernsten Neutronenquellen der Welt zählt, sondern auch alltägliche Anwendungen erhalten werden müssen. Wir müssen das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür schärfen, dass Kerntechnik mit

- medizinischen Anwendungen wie Röntgen, Computertomographie, Strahlungsbehandlung sowie den Anwendungen in der Diagnostik,
- der Abtötung von Keimen in der Lebensmittelindustrie und in der Medizin,
- der Behandlung von Saatgut und der Entwicklung neuer Pflanzensorten,
- der zerstörungsfreien Prüfung von Materialien und Verbindungen in der Flug- und Automobilindustrie

ein Teil unseres Alltags ist. Es geht darum, die öffentliche Wahrnehmung dafür zu sensibilisieren, dass es von grundlegender Bedeutung ist, kerntechnische Forschung sowie Anwendungen in Deutschland zu erhalten.

Erfolgreiches AMNT als *die Jahrestagung der Gesamtbranche*

Meine Damen und Herren,

Sie alle leisten mit Ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur kerntechnischen Kompetenzentwicklung nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit. Sie sind es, die das AMNT als internationale Wissens- und Dialogplattform erst möglich machen und mit Leben füllen; das Programm planen und verantworten, Vorträge halten oder unsere Jahrestagung mit Ihrer Teilnahme bereichern. Dafür möchte ich Ihnen allen herzlich danken.

Auch unseren zahlreichen Partnern möchte ich herzlich danken, die in der voll ausverkauften Industrieausstellung eine außergewöhnliche Leistungsschau

bieten. Ich freue mich auch unsere britischen Partner willkommen zu heißen. Unsere intensiven Gespräche im Rahmen der vergangenen „Energie-im-Dialog“-Veranstaltung sowie der persönliche Austausch zwischen DAtF und britischen Regierungsvertretern zum Thema Brexit wecken zum jetzigen Zeitpunkt eine berechtigte Hoffnung auf die weitgehend ungestörte Fortsetzung der Zusammenarbeit. Die Tatsache, dass wir neben Nuclear Communities aus Großbritannien und Tschechien, auch viele bekannte aber auch neue Aussteller aus dem In- und Ausland begrüßen dürfen, stärken diese Hoffnung. Die Pausen bieten eine gute Gelegenheit zur Information und zum Erfahrungsaustausch.

Der DAtF-Empfang, zu dem ich Sie alle herzlich einladen möchte, findet im direkten Anschluss an den zweiten Teil der Plenarsitzung statt. Darauffolgend dürfen wir uns auf den traditionellen Gesellschaftsabend freuen, zu dem Sie unsere Aussteller und Sponsoren herzlich einladen.

Ladies and Gentlemen,

I wish everybody a successful meeting with fruitful and interesting discussions and exceptional insights.